

Änderungsantrag zum Europawahlprogramm 2014

Neu einfügen in Zeile 435 (nach Kapitel C.4.1):

C.4.2 EU-Binnenmigration als Chance nutzen

In Folge der Erweiterung der EU hat sich der Austausch zwischen den EU-Staaten immer weiter intensiviert und vertieft. Dabei nimmt auch die Binnenmigration innerhalb der EU weiter zu. Die Formen dieser Migration sind sehr unterschiedlich. Neben solchen Migrationsbewegungen, die in Deutschland als selbstverständlich angesehen werden, meist aus den alten EU-Mitgliedsstaaten, gibt es auch Formen der Binnenmigration, beispielsweise aus jüngeren EU-Mitgliedsstaaten, die in unserer Gesellschaft Ängste auslösen.

Wir GRÜNE bekennen uns ausdrücklich zu jeder Form von Binnenmigration und begrüßen den damit verbundenen Austausch zwischen den EU-Bürgern. Jedoch ergeben sich daraus auch Aufgaben bei der Integration der Zugewanderten, bei denen es sich um eine heterogene Gruppe handelt, was beispielweise ihre Ausbildung oder ihre Sprachkenntnisse angeht. Viele Kommunen bringen diese Aufgaben an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit, da die Integration in Bildungs-, Gesundheits-, und Sozialsysteme nicht nur hohe Anforderungen an das Know-How der Verwaltungen stellt, sondern auch beträchtliche finanzielle Lasten mit sich bringen, die die häufig ohnehin bereits verschuldeten Kommunen zu tragen haben.

Wir setzen uns dafür ein, die Wanderung von Menschen innerhalb der EU als Chance und nicht als Bedrohung zu begreifen. Dazu wollen wir eine stärkere Vernetzung zwischen Kommunen und Regionen, in denen sich EU-BinnenmigrantInnen ansiedeln und den Kommunen und Regionen, die die Menschen verlassen, aktiv fördern und vorantreiben.

Wir werden uns für die notwendige finanzielle Ausstattung des Netzwerkes stark machen und so einen Austausch von Erfahrungen, Wissen und Ideen fördern und die weitere Integration der EU auf regionaler und kommunaler Ebene voranbringen. Hier können nicht zuletzt die häufig hochqualifizierten Einwanderer selbst eine wichtige Rolle spielen.

Wir wollen innerhalb des Europäischen Sozialfonds mehr und speziell ausgewiesene Mittel insbesondere für die Integration von Minderheiten, beispielsweise für Sprachförderung und für die notwendigen schulischen- und anderen Bildungsangebote bereitstellen. Den Kommunen soll ein einfacher und zielgerichteter Zugang zu diesen Fördermitteln offen stehen. Wir setzen uns dafür ein, dass ein problemloser Übergang zwischen den Krankenversicherungssystemen der EU-Staaten möglich gemacht und eventuelle Kosten nicht zu Lasten der Kommunen gehen.

Wir setzen uns für eine differenzierte Analyse und Erforschung der Migrationsprozesse ein, um sinnvolle Maßnahmen zur Milderung der damit verbundenen Herausforderungen und Schwierigkeiten ergreifen zu können.

Vor allem bietet sich durch die Analyse die Möglichkeit, aus Fehlern vergangener EU-Beitrittsprozesse zu lernen und Fehlentwicklungen zukünftig zu verhindern.

Deshalb werden wir auch in Zukunft gegen Ausnahmeregelungen beispielsweise bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit eintreten.

Bei zukünftigen Beitrittsprozessen sollen auch die Kommunen und Regionen in Beitrittsstaaten und EU-Staaten stärker in die Vorbereitung einbezogen und ihr Wissen und Erfahrungen aus früheren Beitrittsprozessen so nutzbar gemacht werden.

Begründung: Erfolgt mündlich.